



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2021

Tilman Pohlmann (Hrsg.): Die LDPD und das sozialistische „Mehrparteiensystem“ in der DDR.

Göttingen: V&R unipress, 2020 (= Berichte und Studien im Auftrag des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Nr. 81), 242 S., ISBN: 978-3-8471-1003-3

Beginnen wir mit zwei erfreulichen Feststellungen: Die Erforschung der politischen und gesellschaftlichen Binnenstruktur des vor nun bereits mehr als 30 Jahren – zumindest von der geopolitischen Landkarte – verschwundenen „zweiten deutschen Staates“ findet fortgesetzt Interesse – und das auch unter jüngeren und jungen Historikerinnen und Historikern, die kaum noch als Zeitzeugen von Zerfall und Untergang der DDR bezeichnet werden können. (Unter den zehn Autoren des vorliegenden Tagungsbandes gehört mehr als die Hälfte den Geburtsjahrgängen 1980ff. an.) Wenn in diesen Tagen aus unerfreulich aktuellem Anlass wieder so oft von abweichenden politischen Verhaltensmustern in den „beiden Teilen Deutschlands“ geredet wird und geredet werden muss, erweist sich ja ohnehin, wie wenig Anlass dazu besteht, die deutsche Vergangenheit im langen 20. Jahrhundert insgesamt und gerade auch in dessen zweiter Hälfte als ein primäres oder gar ausschließliches Betätigungsfeld für die Geschichtswissenschaft misszuverstehen.

Auch die Liberalismusforschung, zu deren Gegenständen aus Sicht des Rezensenten selbstverständlich ebenfalls die Geschichte liberaler Parteien und Personengruppen in der totalitären, als sozialistisches „Mehrparteiensystem“ figurierenden Struktur der DDR (oder anderer Staaten des ehemaligen Sowjetblocks!) gehört, profitiert so von neuen Forschungsprojekten, wie dem am Dresdener „Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung“ (HAIT) der TU Dresden angesiedelten Projekt zum „Sozialistischen Mehrparteiensystem in der DDR. Funktionsweisen und Grenzen der Blockpolitik“. Dabei sollte die Analyse der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD) „als SED-Blockpartei zwischen Bau und Fall der Mauer (1961–1989/90)“ besondere Berücksichtigung finden. Der hier anzuzeigende Band geht (im Wesentlichen) auf eine im Juni 2016 (!) terminierte Gemeinschaftstagung des HAIT und des Archivs des Liberalismus (ADL, Gummersbach) zur genannten Thematik zurück.

Die Motivation zur Auswahl des Forschungsgegenstandes ergibt sich – nach Aussage des Leipziger Historikers und Herausgebers Tilman Pohlmann – aus der Tatsache, dass der (zumindest quantitativ) herausragenden Rolle der LDPD unter den DDR-Blockparteien gerade für den genannten Zeitraum eine ihrer Bedeutung kaum gerecht werdende (geringe) Zahl von wissenschaftlichen Studien gegenübersteht. Das Dresdener Forschungsprojekt nun nimmt für sich in Anspruch, „eine kompendienhafte Gesamtstudie“ (S. 8) zur LDPD vorzulegen. Die Parteigeschichte soll auf drei Ebenen erforscht werden: Auf der „Makroebene“ geht es um die zentrale Parteiführung (Partei-Sekretariat, Ausschüsse, Kommissionen), die Zusammensetzung und das Wirken der Leitungsgremien, ihre Beziehungen zu Staatspartei, Staatsapparat, dem allgegenwärtigen „Ministerium für Staatssicherheit“ (MfS) und zu den übrigen Blockparteien. Auf der „Mesoebene“ werden die mittlere LDPD-Leitungsebene, die – den DDR-Bezirken korrespondierenden



– Parteibezirke, ihre inhaltliche Arbeit und insbesondere ihre Verbindungen zu den jeweiligen SED-Bezirksleitungen sowie die Durchdringung der LDPD-Bezirksvorstände durch das MfS in den Blick genommen. Auf der parteipolitischen Mikroebene soll – am Beispiel der Bezirke Cottbus, Frankfurt/Oder und Potsdam – geklärt werden, inwieweit es der Partei an der Basis gelang, „glaubhaft die von der SED vorgegebenen Ziele“ (S. 9) und zugleich die Interessen der LDPD-Mitglieder zu vertreten.

Pohlmann benennt in seinem einleitenden Beitrag die „Herrschaftsansprüche“ (S. 19f.) der Staatspartei an die LDPD. Diese und vor allem ihre Parteifunktionäre sollten innerhalb der LDPD-Mitgliedschaft und dem der LDPD zugewiesenen gesellschaftlichen Sektor des „Mittelstandes“ als „Katalysator der politischen Ideologie und der politischen Linie der SED“ wirken. Die LDPD hatte – als „Wachstumsinitiator“ – in ihrer Klientel für die Durchsetzung von Ansätzen zum Wirtschaftswachstum zu sorgen, die ihrerseits von der SED formuliert oder toleriert wurden. Als „Praxisindikator“ war die Partei gehalten, der SED Feedback aus dem „Mittelstand“ zu Wirtschaftsmaßnahmen, deren Wirkung und eventuellem Korrekturbedarf zu liefern. Zusammenfassend diene das Agieren der LDPD dem Zweck der Aufrechterhaltung der „Suggestion sozialistischer Pluralität“ (G. Papke); sie hatte ihren „Beitrag zur Legitimationsstiftung und Stabilisierung des DDR-Regimes zu leisten“. Pohlmann zeigt eindrücklich, wie konkrete Korrektur- oder „Verbesserungsvorschläge“ aus den Reihen der LDPD-Bezirksverbände von den entsprechenden SED-Gremien akzeptiert, zerpfückt oder schlicht verworfen wurden – zur Frustration der LDPD-Funktionäre und vor allem ihrer Basis. Jenseits der ihr von der Staatspartei zugedachten Funktionen konnte die LDPD – so Pohlmanns Fazit – „keine ‚eigensinnige‘ politische Handlungswirksamkeit“ erreichen. Ausführlich zeigt Pohlmann auch die Durchdringung der LDPD-Bezirksvorstände durch das MfS. Neben schlichtem Karrierismus sei es oft der unmittelbare Machterwerb auf möglichst konfliktfreiem Wege gewesen, der LDPD-Funktionäre zur Einwilligung in eine Kooperation mit dem MfS – und damit nicht selten zur Bspitzelung der eigenen Parteifreunde, im Parteiapparat und an der Parteibasis, veranlasst habe.

Drei Beiträge sind der Rolle der LDPD in den 1980er Jahren gewidmet. David Bordiehn, der inzwischen seine politische Biographie Manfred Gerlachs vorgelegt hat, problematisiert die viel diskutierte „Neupositionierung“ der LDPD in ihrem Verhältnis zur Staatspartei seit Beginn der 1980er Jahre – eine Entwicklung, die eng mit dem Handeln des Parteivorsitzenden Gerlach in Zusammenhang gebracht wird. Bordiehn zeigt sehr einprägsam, was vom „Narrativ der Liberalisierung“ (S. 43ff.) zu halten ist. Auch nach der Aufbruchsrhetorik des Weimarer LDPD-Parteitag 1982 sei „jedes Referat, jedes Dokument und jede noch so kleine Erklärung“ (S. 45) zuvor mit der „Abteilung befreundete Parteien“ beim ZK der SED in einem mehrstufigen Konsultationsverfahren abgestimmt worden. Für Bordiehn ist der Gerlachsche „Strategiewechsel“ seit 1982 – im Anschluss an H.-M. Kloth – daher nichts Anderes als ein „bewusstes An-der-längeren-Leine-Führen der Blockparteien“ durch die SED, ein von dieser „einkalkuliertes und willkommenes Element ihrer Herrschaftssicherung“ (S. 58).

Alexander Koch (HAIT Dresden) untersucht die Geschichtspolitik der LDPD in der Ära Honecker, speziell die Rückwirkung der DDR-offiziellen Diskussion über „Erbe und Tradition“ auf die Partei. Die in dieser Diskussion virulent werdende Abkehr von der generellen Verdammung des „bürgerlichen“ Erbes der deutschen Geschichte und die neu entdeckte Wertschätzung für alle „revolutionären, demokratischen, progressiven und humanistischen Erscheinungen, Entwicklungen, Persönlichkeiten und Tatsachen [...] der Geschichte unseres Volkes“ (Horst Bartel) blieb auch für die LDPD nicht ohne Konsequenzen. In den 1950er und 1960er Jahren hatte sich die LDPD als „Partei des deutschen Mittelstandes“ (so die Satzung vom Juli 1957) verstanden. Dann wurde die eigene historische Traditionslinie auf Gedanken und Bemühungen des „fortschrittlichen Bürgertums“ hin erweitert. Unter dem Eindruck der „Erbe und Tradition“-Diskussion in der staatsoffiziellen DDR-Historiographie wird nun jedoch kühn ausgegriffen: Man knüpft an beim humanistischen Denken der Renaissance, dem bürgerlichen Humanismus der Aufklärung, den revolutio-

när-demokratischen Traditionen des 18. und 19. Jahrhunderts. Die „nicht-proletarischen Demokraten“, vor allem jene, die für den Schulterschluss von „kleinbürgerlicher Demokratie und (sozialistischer) Arbeiterbewegung“ eingetreten seien, werden geradezu zu Inkarnationen des neuen LDPD-Geschichtsbildes. Die Partei – so ihr Vorsitzender Gerlach 1982 – sei sich bewusst, „dass wir die progressiven Überlieferungen kleinbürgerlicher Demokraten und kämpferischer Humanisten heute durch unsere Taten für Frieden und Sozialismus“ fortsetzen. Koch zeigt, dass dieser hochfliegende Enthusiasmus von der LDPD-Basis kaum geteilt, jedenfalls als „wenig identifikationsstiftend“ (S. 78) angesehen wurde. Nach Kochs Einschätzung verfiel die LDPD-Geschichtspolitik, die den „sozialistischen deutschen Staat“ zum Hort dieses positiven Erbes schlechthin machen sollte, nicht. Stattdessen sieht Koch an der LDPD-Basis „über die gesamte Existenzdauer der DDR hinweg gewisse ‚liberale‘ Orientierungsmuster“ als existent an (S. 79).

Franz-Joseph Hille (Dresden) lenkt den Blick einerseits auf die Tatsache, dass die LDPD – in Gestalt der Minister Kurt Wünsche und Hans-Joachim Heusinger – durch Übernahme des Justizressorts über mehr als zwei Jahrzehnte der DDR-Geschichte in einem Bereich vertreten war, „in dem wesentliche Grundlagen für Unterdrückung und Verfolgung politisch Andersdenkender [...] gelegt wurden“ (S. 82), so z.B. das DDR-Strafgesetzbuch von 1968. In der „Wendezeit“ 1989/90 wird der als besonders SED-loyal geltende Amtsinhaber Heusinger zum Problem und durch seinen Vorgänger Wünsche ersetzt, der sein Amt 1972 aufgrund kritischer Äußerungen zur Honecker'schen Verstaatlichungspolitik verloren hatte. Hille zeigt, wie diese Personalentscheidung zum einen den Kurs der ostentativen Erneuerung der LDPD diskreditiert, nicht nur bei den „Opfern des Stalinismus“. Die Lebensgeschichte Wünschens wird quasi zur Illustration der „Erzählung von einer zwar gleichgeschalteten, aber durchaus unangepassten Partei“ (S. 89), die in Wünschens vormaliger Entfernung aus dem Amt „einen gewichtigen Beweis für die eigene Widerständigkeit gefunden zu haben glaubte“. Nach Hilles Einschätzung war der Versuch der LDPD-Führung um Manfred Gerlach, Wünsche zur „Projektionsfläche für Unangepasstheit in der Vergangenheit und politischen Erneuerungswillen in der Gegenwart“ (S. 101) zu machen, ein „Kardinalfehler“. Es habe an der Bereitschaft gefehlt, die eigene Rolle im SED-Staat „ernsthaft zu hinterfragen“. Bei Teilen der LDPD-Basis macht Hille Erneuerungsbereitschaft aus, aber der Parteiführung habe es an „Fähigkeit und Willen zur Selbstreflexion“ gemangelt.

Im zweiten Teil des Tagungsbandes wird zunächst das praktische, organisationsstrukturelle (regionaler LDPD-Bezirksvorstand) und kommunalpolitische Wirken eines ostbrandenburgischen LDPD-Bürgermeisters aus jener 1926 geborenen „Aufbaugeneration“ erläutert (Michael Thoß, Dresden), die – gekennzeichnet durch „übergroße Anstrengungen zur Integration in die ‚neue Ordnung‘“ und „bedingungslose Unterordnung“ unter die führende Rolle der SED (Gieseke/Jessen) – dazu ausersehen war, die „Traditionsvorstände“ der LDPD möglichst rasch zu ersetzen. Thoß zeigt die persönliche Anerkennung, die sich sein „Held“ Horst Lösler in seiner Heimatgemeinde (Wriezen), bei Parteifreunden, SED und MfS erwerben konnte. Eine „liberaldemokratische Spezifik“ des Handelns kann Thoß hier jedoch nicht ausmachen.

Marlene Heihsel (Berlin), die 2021 ihre „Untersuchung zur regionalen Parteiarbeit der LDPD im Bezirk Erfurt“ an der Universität Potsdam als Dissertation vorgelegt hat, will in ihrem Beitrag Handlungsspielräume von LDPD-Kadern und Mitgliedern auf regionaler (Bezirk Erfurt) und lokaler (Kreis Gotha) Basis analysieren. Die Autorin zeigt minutiös, wie sich LDPD-Parteiarbeit entweder in konkreten „Zuarbeiten“ im Auftrag der Staatspartei oder in einem extrem hohen Grad an „Selbstbeschäftigung“ (S. 138) erschöpfte. Auch auf Bezirks- oder Kreisebene stärkte die LDPD die SED-Herrschaft, indem sie keine eigenen programmpolitischen Ziele verfolgte, vielmehr SED-Kontrollvorgaben umsetzte. „Offensive(n), auch von Außenstehenden erkennbare(n) Eigensinn“ vermag Heihsel im LDPD-Kreisverband Gotha nicht auszumachen (S. 153). Aus ihrer Untersuchung der lokalen LDPD-Mitgliederstruktur leitet Heihsel zwei vorherrschende Motivationsstränge für Parteimitglieder ab: Entweder galt es, schlicht der SED „zu entkommen“ – oder man wollte aus den sich durch die Parteimitgliedschaft ergebenden Kontakten ökonomischen Nutzen ziehen (S. 154).

Thomas Widera (Bautzen) zeigt in seinem Beitrag zur „LDPD-Kaderarbeit“ zunächst, wie in den ausgehenden 1950er Jahren Anstrengungen zur „Selbstgleichschaltung“ der LDPD durchgeführt wurden, die z. B. durch den Aufbau hauptamtlicher Strukturen auf Bezirksebene dazu dienten, einen effizienteren Durchgriff der Zentrale auf die unteren Parteiebenen zu gewährleisten. Mit dem Mauerbau wird die bis dahin wenig effiziente Kaderarbeit zur „Chefsache“ erklärt. Die Heranbildung „sozialistischer Persönlichkeiten“ und die „Festigung ihres sozialistischen Bewusstseins“ sind erklärte Postulate. Konsequenz: Die Parteifunktionäre sind linientreu – aber passiv. Wideras Fazit für 30 Jahre LDPD-Kaderarbeit lautet: „Die Kader betätigten sich als Multiplikatoren der Disziplinierung, die Mitglieder bewegten sich im Rahmen des ihnen zugestandenen Eigensinns“ (S. 175).

Der dritte, wenig konsistente Teil des Tagungsbandes ist zunächst den „Metamorphosen“ des „Soldat(en), Marxist(en) und Kulturfunktionär(s)“ Franz Fühmann gewidmet, der zeitweilig zum führenden intellektuellen Kopf der Blockpartei NDPD aufsteigt, bevor ihn 1958 ein missliebiges Romanmanuskript zu Fall bringt. Christoph Schreibers biographische Skizze Fühmanns, die sich in den Tagungsband „verirrt“ hat, ist fern jeder Beschönigung und Exkulpierung eines sehr deutschen Lebens zwischen Nationalsozialismus und kommunistischem Totalitarismus – mal Täter, mal Opfer. Anhand der parteioffiziellen Mitgliederstatistiken untersucht Ines Soldwisch (Aachen) dann Quellenwert und Inhalt der Berichtsbögen Q und J, die seit 1950 zur Erfassung der LDPD-Mitglieder dienten. Der Abschlussbeitrag von Luise Güth (Quickborn) ist kontrafaktischen Überlegungen zur Rolle der Blockparteien in einer spekulativen „DDR 1991“ gewidmet. Die Verfasserin stützt sich dabei auf die „Analyse der maßgeblichen Entwicklungstendenzen“ (S. 220) der Blockparteien des Bezirks Rostock in den Jahren 1986 bis 1989. Güth zeigt zunächst, wie das MfS seine Beobachtung der Vorgänge in den Blockparteien seit 1986 deutlich intensiviert. Dabei gilt die LDPD als das Ausforschungsobjekt mit dem „größten kritischen Potenzial“ (S. 225). Die SED habe den Blockparteien eine neue, „kritischere“ Haltung zugedacht. Während die Funktionäre der anderen Blockparteien davon kaum Gebrauch machten, habe sich der LDPD-Vorsitzende Gerlach als „Personifizierung der gewollten und geforderten systemloyalen Kritik“ profiliert (S. 227). Die Blockparteien LDPD, CDUD und NDPD hätten sich gegen Ende der SED-Herrschaft angenähert, wobei die beiden letzteren gerade von der LDPD (vergeblich!) erhofft hätten, dass sie das Heft des Handelns übernehme. Für das Jahr 1991 „prognostiziert“ Güth weitere Auflösungserscheinungen der SED-Alleinherrschaft, die in eine Regierungskoalition aus SED, LDPD und CDUD übergehe, und wachsende Anti-SED-Tendenzen in den Blockparteien. Von den sich aufmüpfig gebärdenden LDPDlern erwartet Güth allerdings in ihrem kontrafaktischen Szenarium wenig: Hier werde die Chance zum Systemwechsel nicht genutzt; man konzentriere sich stattdessen auf „systemloyale Umgestaltung“. Die Kritik der lautesten systemimmanenten Kritiker sei allenfalls „systemloyal und damit stabilisierend“ (S. 231).

Wer je die nur bedingt vergnügungssteuerpflichtige Aufgabe hatte, einen (Konferenz-)Sammelband zu editieren, der wird sich hüten, dem Herausgeber Mängel, Lücken und Inkonsistenzen der versammelten Beiträge vorzuhalten. Dass auch er sich im konkreten Falle diesem Schicksal nicht völlig entziehen konnte, sei hier allerdings nicht verschwiegen. Es bleibt die Leistung (nahezu) aller Beiträgerinnen und Beiträger, wichtige Bausteine zur Komplettierung des Bildes von der „liberalen Blockpartei“ in Zeiten des real existierenden Sozialismus geleistet zu haben. Das Bild der realen und/oder vergebenen Chancen wird klarer, das Verständnis für das Agieren der handelnden Personen im obwaltenden Umfeld bekommt neue Akzente (MfS!) – die (liberale) Sympathie für eine eng geführte, wenig aktive und von ökonomischen Individualinteressen geleitete Partei „zwischen Mauerbau und Mauerfall“ steigt so allerdings in nur sehr bescheidenem Maße.

Bad Honnef

Hans-Georg Fleck

